



Projektbericht
Januar 2022

KoBra
Kooperation Brasilien



Indigene und Landrechte

Schwerpunkt: 'Não sou pardo, sou indígena'- Mobilisierung für einen Indigenen Zensus 2022

von Uta Grunert

Foto: Oliver Kornblihtt / Mídia NINJA / #COPCollab26
(CC BY-NC 2.0)

INHALT

- | | |
|---|-----------------|
| 1. Aktuelles aus Brasilien | Seite 3 |
| Indigene brauchen Wiederaufbauhilfe nach Überschwemmungen | |
| Indigene und Impfkampagne | |
| Manaus: Ausstellung Pandemia e Território erinnert an indigene Führungspersönlichkeiten und Coronatote | |
| Carta de Tarumã: Indigene Positionierung bei den Klimaverhandlungen COP 26 in Glasgow | |
| Die Stichtagsregelung des Marco Temporal | |
| Emanzipative Kunst und indigener Artivismus auf der 34. Biennale in São Paulo – ein Nachruf auf Jaider Esbell (Text im Brasilicum #264) | |
| 2. Schwerpunktthema: ‘Não sou pardo, sou indígena’- Mobilisierung für einen Indigenen Zensus 2022 | Seite 9 |
| 3. Kampagnen und Termine in Deutschland und Europa | Seite 11 |

1. Aktuelles aus Brasilien

Indigene brauchen Wiederaufbauhilfe nach Überschwemmungen

Nach den anhaltenden Regengüssen¹ vom Dezember 2021 leiden indigene Völker in den Bundesstaaten Minas Gerais, Bahia und Tocantins Ende Januar 2022 nach Angaben des Indigenen Missionsrats CIMI noch immer unter den Auswirkungen der Überschwemmungen Häuser, Felder, Bewässerungssysteme und Straßen sind von den Wassermassen anhaltender Regenfälle zerstört. In einer Siedlung der Krahô-Kanela in Tocantins wurden zudem die Schule und die Gesundheitsstation vom Wasser zerstört.

Starke Regenfälle zu Beginn des Sommers sind in Brasilien normal. Immer häufiger treten jedoch außergewöhnliche Wetterereignisse mit tragischen Folgen ein, auf die niemand vorbereitet ist. Die Region Matopiba², Brasiliens letzte landwirtschaftliche Grenze, die die Bundesstaaten Maranhão, Tocantins, Piauí und Bahia umfasst, steht wegen historischer Überschwemmungen und obdachlosen Familien im Fokus. Für Fachleute besteht kein Zweifel daran, dass die Ereignisse in engem Zusammenhang mit der Entwaldung in dem Gebiet stehen, das Niederschlagsregime in mehreren Gemeinden verändert. Matopiba brach einen Rekord für die Entwaldungskonzentration im Cerrado. Zwischen Juli 2020 und August 2021 wurden 8.523,44 km² entwaldet, was sechs Städten in der Größe São Paulos entspricht. Dies ergab eine Analyse von Forschern des Instituto de Pesquisa Ambiental da Amazônia (IPAM), erstellt aus Daten vom Nationalen Institut für Weltraumforschung (Inpe).

Im Dezember 2021 wurden weite Teile der Bundesstaaten Bahia, Minas Gerais und Tocantins unter Wasser gesetzt, was andere Regionen des Landes wie am Rio São Francisco in Alarmbereitschaft versetzt. Dort befürchten Anwohner*innen von 30 Siedlungen eine Erhöhung der Wasserpegel und Durchlassmengen durch Staudämme der Wasserkraftwerke. Häuser in Flussnähe sind bereits überflutet. Am 24. Januar publizierte die lokale Wasserversorgungsgesellschaft Chesf Daten, dass der Rio São Francisco vom Stausee Sobradinho abwärts das höchste Wasserniveau der letzten 13 Jahre mit sich führe. Der CIMI unterstützt Indigene Gruppen der Kiriri in Bahia, die in Flussnähe ihre Territorien haben, sich in Sicherheit zu bringen. Auch für die Pankararu und Potiguara könnte dieses Szenario in den kommenden Tagen eintreten.

Einen Monat nach den Wassermassen sind die Bewohner*innen der zerstörten indigenen Siedlungen noch immer auf Hilfe und Nahrungsmittelspenden angewiesen. Bund- und einige Länderregierungen zeigen keine schnelle Reaktion auf die Lage. Die Situation in den Bundesstaaten ist jeweils unterschiedlich, aber alle Betroffenen machen die geostrategische Entwicklungspolitik ihrer Regierung und besonders die Investitionen in Staudämme und Wasserkraftwerke verantwortlich. Eingriffe in natürliche Wasser- und Flusssysteme haben zusammen mit der stark angestiegenen Entwaldung und Bergbauvorhaben eine fatale Auswirkung auf das veränderte Wettergeschehen. Sie bringen Wetterextreme hervor, auf die weder die Regierungen noch die lokale Bevölkerung vorbereitet sind. Wenn die Wetterextreme zunehmen, muss man auch hier Klimaveränderungen annehmen.

¹ <https://cimi.org.br/2022/01/em-minas-bahia-e-tocantins-povos-indigenas-ainda-sentem-impactos-das-enchentes/>

² <https://www.gamalivre.com.br/2022/01/destruicao-matopiba-crescimento-do.html?m=0>

Allein im Bundesstaat Bahia sind laut CIMI 11.000 Indigene von neun Völkern von den Überflutungen betroffen. Einige indigene Siedlungen im Süden wurden regelrecht abgeschnitten von der Außenwelt. Nahrungsmittel, Wasser, Hygieneprodukte und andere elementare Waren wurden aus ganz Brasilien in die Region geschickt. Die Landesregierung von Bahia hat zur Bewältigung der schwierigen Lage beigetragen, während Präsident Bolsonaro in den Ferien weilte. Nach der Soforthilfe braucht es nun allerdings ein Programm, um die indigenen Betroffenen beim Wiederaufbau ihrer Häuser und Straßen sowie bei der Neuanlage ihrer Felder zu unterstützen. Auch hier wäre die brasilianische Regierung gefragt. Vorhaben oder Pläne in diese Richtung sind nicht bekannt. Auch die staatliche Indigenenbehörde FUNAI habe sich bei der Soforthilfe noch an der Verteilung von Hilfspaketen beteiligt und sei danach von der Bildfläche verschwunden.

Im Bundesstaat Minas Gerais schätzt der CIMI die Anzahl der Betroffenen Indigenen auf 25.000 Personen. Sie gehören zu den Völkern Maxakali, Pataxó, Pataxó Hã-Hã-Hãe, Pankararu, Xakriabá, Xukuru-Kariri e Tuxá. Besonders bedrohlich war die Situation für die Maxakali, die von der Außenwelt abgeschnitten waren und dazu einen Grippevirus in der Gemeinde hatten. Über die sozialen Medien setzten die Betroffenen einen Hilferuf ab, da sie obdachlos waren und Tote zu beklagen hatten. In Tocantins waren die Krahô-Kanela von der Außenwelt abgeschnitten. Erst nach langem Warten wurde den Betroffenen ein Boot gestellt, um sich in Sicherheit zu bringen. Auch hier beginnt nun der Kampf um den Wiederaufbau, denn es gibt für die indigenen Völker keinen anderen Ort als ihr Territorium.

Die unterschiedlichen indigenen Sprecher*innen der comunidades fordern daher die Entwicklung vorbeugender Strategien und Maßnahmen, um eine Wiederholung der Zerstörung zu vermeiden. Es sei aber auch wichtig, dass die brasilianische Bevölkerung ein neues Umweltbewusstsein für wirtschaftliche Entwicklung annähme, um Risiken und Schutzmaßnahmen von Wirtschaftsprojekten abschätzen zu können. Dies betrifft neben Staudämmen eine Reihe von Bergbauvorhaben in Minas Gerais, die die lokale Bevölkerung bedrohen. Brumadinho ist seit 2019 Zeuge staatlicher und unternehmerischer Ignoranz (Vale, TÜV Süd u.a.) und stellt ein Paradebeispiel der imperialen Lebensweise dar. Man geht inzwischen von über 270 Toten aus, bei vielen davon lautet das Urteil inzwischen vorsätzliche Tötung. Die Umweltfolgen sind bis heute nicht ausreichend beseitigt. Die Indigene Siedlung der Naô Xohã musste nach den Starkregen im Januar 2022 evakuiert werden, da mit den Überschwemmungen Flusswasser des Paraopeba eindrang, der seit dem Dambruch von Brumadinho stark mit Schwermetallen belastet ist. Vale verweigert den Familien die Umsiedlung in ein sicheres Gebiet. Die Proteste dagegen halten an.

Indigene und Impfkampagne

Nachdem im Dezember die Impf-Quote (zweifach) von Indigenen, die das staatliche Gesundheitsministerium in einem Monitoring veröffentlicht hat³, noch bei unter 50% stagnierte, ist sie inzwischen auf 85% (Abruf 14.01.2022) angestiegen. Erfasst wurden Personen über 18 Jahren. Dass Angaben zur Impfkampagne an Indigenen mit Vorsicht zu betrachten sind, erläutert das Schwerpunktthema dieses Dossiers, das den Kampf für eine Aktualisierung der Volkszählung behandelt. Denn für prozentuale Aussagen brauchen die Gesundheitsbehörden eine belastbare

³ https://infoms.saude.gov.br/extensions/imunizacao_indigena/imunizacao_indigena.html

Datengrundlage über ihre Bevölkerung, sei sie nun Indigen oder Quilombola. Aktuell ist dies nicht gegeben, weshalb die Bewegungen angefangen haben, ihre Zahlen eigenständig zu dokumentieren.

Die Kämpfe indigener Verbände wie *APIB*⁴ (Verband indigener Völker) hatten gemeinsam mit dem Obersten Gerichtshof STF erreicht, dass indigene Völker im Impfgeschehen als prioritär eingestuft wurden. Außerdem mussten auch hier Menschen überzeugt werden, die auf Grund von regierungsseitigen Falschmeldungen oder impfgegnerischen freikirchlichen Prediger*innen Angst vor der Impfung hatten. Im Januar 2022 unterstützt APIB nun die Entscheidung der Nationalen Gesundheitsbehörde Anvisa (Agência Nacional de Vigilância Sanitária), eine Impfung für Kinder von 5 bis 11 Jahren zu erlauben. Alle indigenen Kinder innerhalb und außerhalb staatlich dekretierter Territorien sollen in die Impfkampagne aufgenommen werden. Außerdem soll die laufende Impfung an 12- bis 18- Jährigen fortgesetzt werden. Weniger positiv klingen die Aussagen des Gesundheitsexperten Valdeir Both vom CEAP (Centro de Educacao e Assessoramento Popular), die Regierung habe keinerlei Finanzmittel für die weitere Gesundheitsvorsorge eingeplant. Inzwischen ist gemeinhin bekannt, dass mit der zweiten Impfung die Pandemie noch nicht überwunden werden kann.

Manaus: Ausstellung Pandemia e Território erinnert an indigene Führungspersönlichkeiten und Coronatote

Jeder erinnert sich an schreckliche Bilder von anonymen Massengräbern in Manaus, weil die Pandemie ungebremst Menschen den Tod brachte. Laut APIB sind 1.250 Indigene an Corona gestorben. Die ganze Welt war auf Inzidenzwerte, die Anzahl der Infizierten, der Intensivbetten und Coronatoten fixiert. Die persönliche Trauer, der Abschied von Verwandten und Freunden waren nur eingeschränkt möglich. Die Toten drohten in einer großen Masse unterzugehen, ohne Würdigung und ohne Erinnerungskultur.

Mit einem Gegenentwurf begann eine Initiative der Universität von Manaus (UFAM) und des Projekts Nova Cartografia Social da Amazônia. Die Geograf*innen haben im Laufe der Jahre viele Kontakte zu indigenen Sprecher*innen geknüpft, Geodaten und Kartenmaterial mit den comunidades erarbeitet. Eine Schau von Bildern und kurzen Texten wurde zur Ausstellung und würdigt die Lebenswerke indigener Führungspersönlichkeiten, die an Corona gestorben sind. Die Ausstellung *Pandemia e Território*⁵ holt sie in das gesellschaftliche Gedächtnis zurück. Maria Alice da Silva Paulino von der Ethnie der Karapaña erklärt, dass viele Indigene ihre Verwandten ins Krankenhaus gebracht haben. Von dort sind sie nie zurückgekehrt und man habe wegen der Angst vor weiterer Ausbreitung der Pandemie auch die Toten nie wieder gesehen. Maria Alice lebt in der Nähe der Metropole Manaus. Dort ist das Territorium, auf dem sie und ihre Familie leben. Ihr Vater und ihr Bruder sind an der Pandemie gestorben. Sie erwähnt, dass es in ihrer Familie, die mehrfach vertrieben wurde und ihr Territorium somit wechseln musste, bislang keine ausgeprägte Trauerkultur oder ein Totengedenken gegeben habe. Sie sei dem Projekt Nova Cartografia Social aber dankbar für die Idee und Initiative,

⁴ <https://apiboficial.org/2022/01/11/vacina-parente-exigimos-a-imunizacao-de-todas-as-criancas-indigenas/>

⁵ <http://novacartografiasocial.com.br/pandemia-e-territorio-museu-da-amazonia-recebe-nova-cartografia-social-da-amazonia/>

weil es gleichzeitig eine Würdigung indigener Kämpfe für Autarkie, Anerkennung und Territorien darstelle.

Die Ausstellung wurde in Zusammenarbeit mit dem Museo da Amazônia erarbeitet. Sie wurde Mitte November eröffnet und ist noch im Januar 2022 im Botanischen Garten von Manaus zu sehen.

Carta de Tatumã⁶: Indigene Positionierung bei den Klimaverhandlungen COP 26 in Glasgow

Die indigene Delegation in Glasgow bestand aus drei Gruppen und insgesamt 21 Vertreter*innen unterschiedlicher Völker: APIB (Vertretung der indigenen Völker), COIAB (Koordination indigener Organisationen des brasilianischen Amazonasgebiets) und ANMIGA (Vertretung indigener Frauen). Die Kernaussage der indigenen Deklaration von APIB⁷ in der Carta de Tatumã besagt, dass es keine Lösung für die globale Klimakrise geben kann, ohne Indigene zu berücksichtigen und ihre Territorien zu sichern. Dies gilt für die 305 indigenen Völker Brasiliens, für die APIB steht. Indigene Territorien sichern das menschliche Überleben, weil im indigenen Verständnis Wald-, Land- oder Flussflächen nicht mit Kategorien wie Besitz, Ausbeutung, Veräußerung oder Enteignung belegt werden. Stattdessen ist ihr Umgang mit Gemeingütern von Respekt geprägt. Seit der Kolonialisierung Brasiliens bis heute wurde dieser Kampf ums Überleben mit vielen Opfern bezahlt. Jedes Jahr sind Tote zu beklagen, die sich gegen Eindringlinge oder den Ressourcenraubbau von Unternehmen zur Wehr setzen. Die zerstörerischen Handlungen von Goldabbau-Unternehmen und illegalen Holzeinschlagsunternehmen, von Soja-Farmer*innen und Rinderzüchter*innen wird von einer Regierungsrhetorik gestützt, die weder der Umwelt noch den traditionellen Völkern mit Respekt und Wertschätzung begegnet. Die Flüsse werden mit Agrargiften und Quecksilber vergiftet, der Wald im Amazonas- und Cerrado sowie die Offenlandflächen im Pantanal gehen durch teilweise gelegte und immer ausufernde Brände in Flammen auf. Ungeachtet davon wird über die Finanzierungsmechanismen der Weltmärkte weiter Geld in die Fleischproduktion gepumpt, die zur Zerstörung des Planeten beiträgt.

Klimagerechtigkeit heißt daher, dass die Rolle indigener und traditioneller Völker als Garanten einer nachhaltigen Lebensweise in Klimaabkommen berücksichtigt und anerkannt werden müssen. Immerhin sind sie global für einen Kohlenstoffvorrat von 293 Gigatonnen verantwortlich.

Ein Drittel aller indigenen Völker in 64 Ländern lebt unter ständiger Bedrohung, weil dort die Territorialfrage von Seiten des Staates ungeklärt ist. Brasilien sieht für Indigene Völker 13,8% der Landesfläche vor. Die Ausweisung von indigenen Territorien dient dem Waldschutz, wie die zurückliegenden 35 Jahre in Brasilien gezeigt haben. Weniger als 1% der illegalen Waldzerstörung fand auf diesen Flächen statt. Klimaschutz bedeutet daher auch die Anerkennung territorialer Rechte von Seiten des Staates. Brasiliens Regierung handelt bislang nicht danach. Stattdessen laufen dort derzeit mehrere Gesetzesverfahren, um indigene und territoriale Rechte zu schwächen.

Indigene und traditionelle Völker verhandeln in der Regel im Kollektiv ihren Umgang mit den Gemeingütern. Sie handeln dabei nach Prinzipien der Ernährungs- und Energiesouveränität. Seit 2012

⁶ <https://apiboficial.org/2021/10/29/carta-de-taruma-declaracao-dos-povos-indigenas-da-amazonia-brasileira-frente-a-crise-climatica/> (auch auf Englisch verfügbar)

⁷ https://apiboficial.org/files/2021/10/CartaAPIBcop26_PT_livreto.pdf

ist der Plano de Gestão Territorial e Ambiental das Terras Indígenas (PGTA) als politisches Instrument anerkannt. Sie tragen damit aktiv zum Schutz dieser Gemeingüter bei. Als Antwort auf die zunehmende Gefahr von Waldzerstörung durch Brände haben sich Indigene als Feuerwehrleute fortgebildet. Die Feuer- Brigaden können über eine App Hilfe rufen und erste Maßnahmen gegen die Ausbreitung von Feuern selbst unternehmen.

Indigene Frauen tragen einen wesentlichen Anteil zur Erhaltung der Erde und der Gemeinschaften bei. Sie spielen auch als Sprecher*innen eine wichtige Rolle. Seit einigen Jahren wird im September der Marsch der indigenen Frauen nach Brasilia wahrgenommen, wo Protest an die Politik adressiert wird. Unter dem Namen ANMIGA haben sich indigene Frauen unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Ethnien zusammengeschlossen, um ihre weibliche indigene Vision von Zukunftsfähigkeit zu verbreiten. Im September 2021 wurde die Plattform Reflorestar mentes (Einstellungen aufforsten/wiederbeleben) ins Leben gerufen. Dort werden Praktiken geteilt, die dem Leben dienen und keinen Raubbau zur Folge haben.

Zu guter Letzt geht der Brief auf die aktuellen Finanzierungsmechanismen ein, die die Weltgemeinschaft für die Bekämpfung der Klimakrise ins Leben gerufen hat. Nur 1% der jährlichen Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels komme bei Indigenen an, belegt eine Studie von INESC⁸ von 2021. Der Rest wandere direkt in Länder oder multilaterale Organisationen. Allerdings müssten für einen nachhaltigen Managementplan PGTA je nach Territorialgröße Kosten von 265.000 bis 4,4 Millionen Dollar angesetzt werden. Diese Summe sei im Vergleich mit projektierten Infrastrukturvorhaben nicht besonders hoch. Hier weisen die Indigenen die internationale Gemeinschaft auf falsche Schwerpunktsetzung hin.

Weltweit machen Indigene (povos originarios) 5% der globalen Bevölkerung aus. Nach einer Studie der Rainforest Foundation aus Norwegen sind sie jedoch für den Erhalt von 80% der weltweiten Artenvielfalt verantwortlich. Die Mittel müssten also dringend umgeleitet werden zu dem Personenkreis, der dem Arten- und Umwelterhalt konkret dient.

Eine neue Greenpeace-Studie⁹ vom Januar 2022 fasst die klimaschädliche Wirkung der drei Regierungsjahre Bolsonaros wie folgt zusammen: Unter Bolsonaro ist die illegale Entwaldung Amazoniens um 75,6 Prozent angestiegen. Die desaströsen Zahlen des Fernerkundungsinstituts INPE wurden von der brasilianischen Regierung erst nach den internationalen Klimaverhandlungen in Glasgow veröffentlicht. Neben der illegalen Entwaldung sind Waldbrände ein neues großflächiges Problem geworden. Brandherde und Waldbrände haben in allen Biomen gemeinsam unter Bolsonaro um 24% zugenommen. Genauer: Um 15 Prozent im Cerrado, um 218 Prozent im Pantanal, um 22 Prozent im Atlantischen Regenwald, um 29 Prozent in der Caatinga und um 43 Prozent in der Pampa. Wissenschaftler bringen die Waldbrände mit Landspekulationen und -umwandlung in Zusammenhang. Die Brandleger*innen gehen dabei in der Regel straffrei aus.

Der Ausstoß von Klimagasen ist um 9,5 Prozent angestiegen seit Bolsonaro im Amt ist. All diese Parameter sind als „Bolsonaro-Effekt“ einer Klima- und Waldpolitik zuzuschreiben, die systematisch den Schutz zurückbaut und anderen Interessen unterordnet. Die Rechte indigener Völker wurden unter der Regierung Bolsonaro stetig untergraben und in Frage gestellt. Landkonflikte haben um 40%

⁸ https://drive.google.com/file/d/1ZfvoefECaLOixoXdX_RH34cgtWSqzKm0/view

⁹ https://www.greenpeace.de/publikationen/Drei%20Jahre%20Bolsonaro_0.pdf

zugenommen. 2020 gab es nach Angaben der katholischen Landpastorale CPT 1.576 Landkonflikte, die höchste Zahl seit 1985. Davon betrafen 656 Auseinandersetzungen indigene Gemeinschaften. Von 18 Morden, die im Jahr 2020 im Zusammenhang mit Landkonflikten in Brasilien angezeigt wurden, seien sieben der ermordeten Personen Angehörige einer indigenen Gemeinschaft gewesen¹⁰.

Die Stichtagsregelung des Marco Temporal

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs STF über die Stichtagsregelung des so genannten Marco Temporal wurde auf den 23. Juni 2022 verschoben. Die gesetzliche Regelung würde dann die Demarkierung indigener Territorien völlig neu aufrollen und soll multi- und internationalen Unternehmen die wirtschaftliche Nutzung der Ressourcen Amazoniens erleichtern. Der Marco Temporal fordert einen Nachweis, dass Indigene zum Stichtag der Verabschiedung der Brasilianischen Verfassung im Jahr 1988 auf ihrem eingeforderten Territorium gelebt haben. Eine Verabschiedung würde eine Schwächung indigener Landrechte bedeuten, betroffen wären unter anderem die Völker Xokleng, Kaingang und Guarani Völker der Xokleng La Klaño IT, im Bundesstaat Santa Catarina.

Allein die Tatsache, dass die Verhandlung noch aussteht und damit eine Entscheidung zu Gunsten von Agrar- und Bergbauunternehmen oder Großgrundbesitzer*innen getroffen werden könnte, lässt den Druck auf indigene Gebiete wachsen. Nach Angaben des Berichts zur brasilianischen Menschenrechtslage 2022 von Human Right Watch¹¹ hat sich die Präsenz von illegalen Goldabbau-Unternehmen auf indigen Gebieten zwischen 2010 und 2020 verfünffacht.

Emanzipative Kunst und indigener Artivismus auf der 34. Biennale in São Paulo – ein Nachruf auf Jaider Esbell (von Uta Grunert)

Der Text über zeitgenössische indigene Kunst und den verstorbenen indigenen Künstler Jaider Esbell erscheint im Brasilicum #264. Sein Werk und Kunstbegriff waren von indigenen Kämpfen geprägt, die die Sicherung indigener Rechte, der Territorien und die Überwindung postkolonialer Strukturen zum Ziel hatte.

¹⁰ <https://www.derstandard.de/story/2000132773950/greenpeace-desastroese-umweltbilanz-bolsonaros-in-brasilien>

¹¹ <https://www.hrw.org/pt/world-report/2022/country-chapters/380707>

2. Schwerpunktthema:

‘Não sou pardo, sou indígena’- Mobilisierung für einen Indigenen Zensus 2022

Die Daten der Volkszählung von 2010 des brasilianischen Statistikinstituts IBGE werden herangezogen, wenn Angaben zur brasilianischen Bevölkerung gefragt sind. Sie sind die Grundlage für politische Programme, Statistik und Entscheidungen. Eigentlich war 2020 die Aktualisierung vorgesehen, wegen Corona kam es zur Verschiebung. Das Thema hat unter Bolsonaro keine Priorität, man kann auch von politischem Versagen sprechen. Denn der Zensus hat für manche Gruppen eine große politische Tragweite. Quilombolas warten darauf, erstmalig als eigene Kategorie aufgenommen zu werden. Auch indigene Sprecher*innen kämpfen für eine Neuerfassung der brasilianischen Bevölkerungsstatistik und Selbstdeklaration im Jahr 2022. Sie zweifeln die bisherige Datengrundlage als nicht der Realität entsprechend an. Indigene, die außerhalb der traditionellen Territorien in urbanen Räumen leben, seien extrem unterrepräsentiert. Außerdem werden die aktuell fünf Hautfarben-Kategorien als ein Trick der Kolonialisator*innen eingestuft, der die Gruppe der Schwarzen und Indigenen minimiere und damit ihre Bewegungen gezielt spalte und schwäche.

Im Jahr 2010 stuften sich die 191 Millionen Brasilianer*innen bei der Volkszählung wie folgt ein:

91 Millionen Weiße, 15 Millionen Schwarze, 82 Millionen „Graue oder Dunkelhäutige (Pardos)“, 2 Millionen „Gelbe“ und 817.000 Indigene. Die Kategorien negro, pardo und indio gelten als Armutskategorien.

Der indigene Aktivist Ailton Krenak führt in einem Seminar aus, dass Identität nicht nur individuell, sondern im geschichtlichen Zusammenhang immer auch kollektiv zu betrachten sei. Über 90 Millionen Menschen hätten sich 2010 der Kategorie „pardos“ zugeordnet, weil man diese Gruppe mit mehr Sicherheit verbunden habe. Sich als „pardo“ einzustufen, bedeutete die Wahl einer gesellschaftlichen Identität, die nicht rassistisch stigmatisiert wurde. Negros und Indios blicken beide auf eine Geschichte des Versklavt-Werdens, des Menschenhandels und der Unterdrückung durch die Eroberer zurück. Bis heute werden beide von rassistischen Bevölkerungsgruppen oder sogar von Präsident Bolsonaro als unterlegen diffamiert. Die Selbstdeklaration „pardo“ hatte also eindeutig mit Selbstschutz und nicht mit gesellschaftlichem Bewusstsein und dem Kampf für indigene oder Schwarze Rechte zu tun. Im Laufe der Geschichte wurden Indigene mit unterschiedlichen Namen belegt: *caboclo*, *sertanejo* oder *gentio*. Zwischen 1872 und 1890 wurden Indigene als *caboclos* beschrieben, später wurden sie einfach zur Gruppe der „pardos“ hinzugezählt. Die Kategorie Indígena entstand erst im Jahr 1991.

Eine Selbstdeklaration als Indigene*r macht nicht in erster Linie eine Aussage zur Hautfarbe, sondern sie definiert die persönlichen Rechte und das Verhältnis zum Staat. „Brasilien wurde nicht entdeckt, sondern überfallen!“ ist ein elementarer Satz für die brasilianische und internationale Geschichtsschreibung, den Ailton Krenak zitiert. Er grenzt sich deutlich von weißen, eurozentrischen Lesarten der Geschichte ab.

In einem Text auf der Plattform Mongabay analysiert Karla Medes¹² die Angaben zur indigenen Bevölkerung aus dem Zensus von 2010 genauer: Von 900.000 Indigenen landesweit lebt ein Drittel in

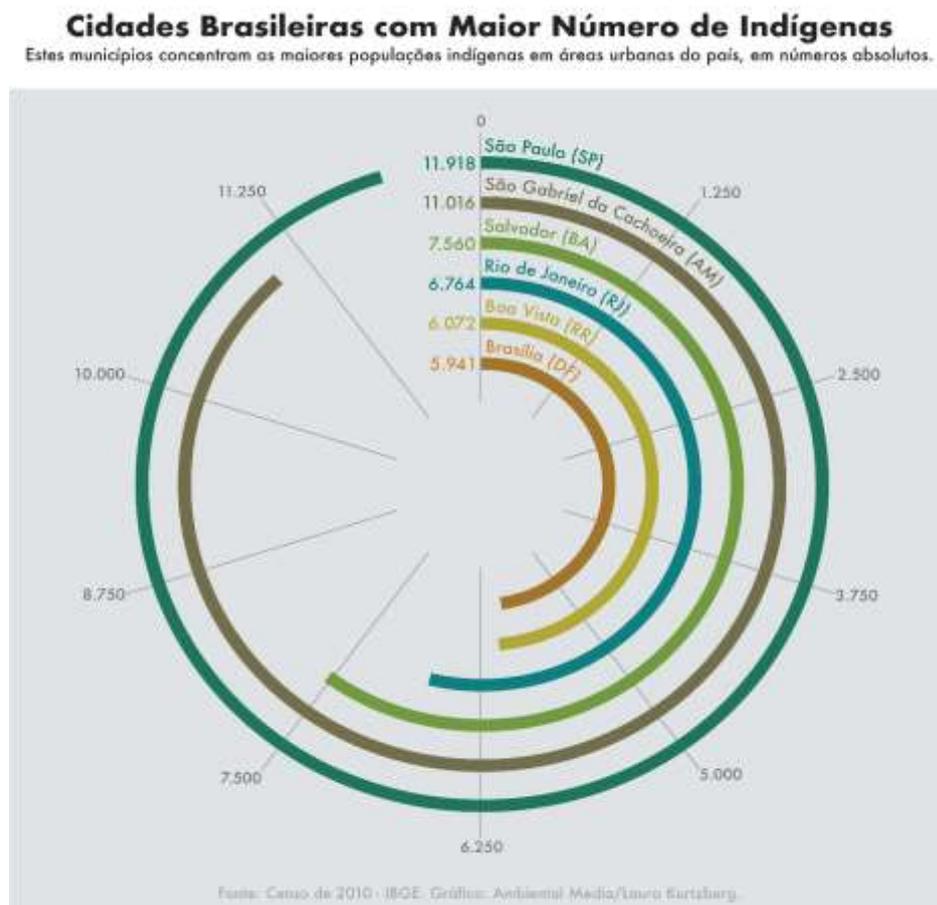
¹² <https://brasil.mongabay.com/2021/06/nao-sou-pardo-sou-indigena-mobilizacao-indigena-para-autodeclaracao-no-censo-de-2022/>

urbanen Gebieten und nicht mehr im ursprünglichen Territorium. Indigene machen 0,5% der Gesamtbevölkerung aus. Indigene Sprecher*innen halten die Zahlen für unterrepräsentativ, da sich viele Indigene bei der Datenerfassung der Gruppe der Pardos zuteilten, um gesellschaftlichen Vorurteilen zu entgehen, die den indigenen Völkern entgegengebracht werden.

Das Institut für Geographie und Statistik IBGE erkennt heute die Schwierigkeit einiger Indigener an, Aussagen zu ihrer Hautfarbe und ethnischen Herkunft (gefragt ist die Rasse) zu machen. Eine Pilotphase des neuen Zensus 2022 zeigt, dass es vielen Indigenen leichter fällt, Angaben zu ihrer Geburt zu machen, Angaben zur Hautfarbe/Rasse werden jedoch als problematisch eingestuft. Erkannt wurden auch sprachliche Komplikationen wie beim Begriff „pardo“, der in der Sprache der Yanomami „Farbe des Todes“ bedeutet. „Yanomami“ hingegen ist die Übersetzung der Kategorie „indígena“. Alle übrigen Kategorien sind im Kontext der Yanomami überflüssig.

Im Zensus-Probelauf für 2022 wurde neu die Frage aufgenommen: „Bezeichnen Sie sich selbst als Indigene*r?“ Damit soll die indigene Bevölkerung urbaner Räume sich angesprochen fühlen. Hier versucht das IBGE nachzusteuern, weil Befragte dazu neigen, Fragen zur Hautfarbe oder kollektiven Zugehörigkeit mit den Angaben aus Geburtsurkunde oder offiziellen Dokumenten zu beantworten. So wurde auch der Begriff der *aldeia* (Dorf) in *agrupamento indígena* (indigene Gruppierung) überführt, um der heutigen territorialen Realität näher zu kommen und indigene communities im urbanen Kontext besser abzubilden.

Die folgende Grafik bildet die brasilianischen Städte ab, in denen laut dem Zensus von 2010 eine große Anzahl Indigener leben: São Paulo, São Gabriel da Cachoeira, Salvador, Rio de Janeiro, Boa Vista und Brasília liegen an der Spitze.



Es geht bei der Zugehörigkeit zu kollektiven Identitäten immer um politische Rechte und diese ändern sich laufend. So hat der Oberste Bundesgerichtshof STF im März 2021 beschlossen, dass Indigene im nationalen Impf-Plan aus geschichtlichen, kulturellen und sozialen Gründen zu priorisieren seien. In der Vergangenheit seien sie nachweislich verwundbarer gegen Infektionskrankheiten gewesen und hätten eine höhere Mortalität als der gesellschaftliche Durchschnitt zu verzeichnen.

Die Umsetzung dieser Gesetzesvorgabe wurde in urbanen Räumen nicht vollzogen.

An einigen Orten musste die Bundesstaatsanwaltschaft MPF juristische Schritte einleiten, um die Impfung der städtischen indigenen Bevölkerung zu garantieren. Im Bundesstaat Amazonas war dies der Fall, wo die MPF eine Entscheidung nationaler Gerichte durchsetzen musste, um alle Indigenen im Bundesstaat in die erste Impf-Phase gegen Corona einzuschließen.

Der Zensus von 2010 brachte jedoch erstmals die große indigene Vielfalt des Landes zum Vorschein. 305 ethnische Gruppen und 274 Sprachen wurden dabei im gesamten Land erfasst. Die neuen Untersuchungen in den urbanen Räumen erweitern diese Palette noch mehr. 297 Ethnien wurden allein in urbanen Räumen erfasst. Vier davon (die Ethnien Tapajós, Aimoré, Tamoio und Karijó) galten nach früheren Erfassungen bereits als ausgestorben. Man darf noch von einer breiteren Diversität ausgehen, da 43% der befragten Indigenen angaben, ihre Ethnie nicht zu kennen.

Im Laufe der Untersuchungen stellte sich heraus, dass Manaus die Stadt mit der größten Bevölkerungsdichte von Indigenen im neuen Zensus von 2022 sein dürfte. Der Oberstaatsanwalt von Manaus Fernando Soave war zunächst noch von 12.000 bis 15.000 ausgegangen. Im Rahmen der Pandemie musste er diese Zahlen revidieren. Grundlage für neue Erkenntnisse sind die Nahrungsmittelhilfen während der Pandemie, die über die Coordenação dos Povos Indígenas de Manaus e Entorno (Copime) und die Cáritas verteilt wurden. Darüber ergab sich fast die Verdoppelung der ursprünglichen Zahl. In Manaus lebt heute eine indigene Bevölkerung mit 30.000 Personen. Fast die ganze Stadt sei indigen, es gäbe 20 Besetzungen durch indigene Gruppen, meist in Risikogebieten, allein im Barrio Tarumã lebten 4.000 Menschen, die Mehrzahl davon Indigene.

3. Kampagnen und Veranstaltungen in Europa

Zum zweiten Jahrestag des **Dammbruchs von Brumadinho** macht die europäische Menschenrechtsorganisation **ECCHR am 27.01. um 17 Uhr eine Online-Podiumsdiskussion** zur Situation von Entschädigungen und Kompensationsleistungen der schuldigen Unternehmen. „Der Schwindel mit Industriezertifikaten: Sind sie Teil der Lösung oder Teil des Problems für die Einklagbarkeit von Menschenrechten? Der Fall des Dammbruchs von Brumadinho“. Nach Anmeldung bekommt man den Link zugeschickt. Die Wirtschaftswoche¹³ berichtet über eine Neuauflage des Zivilrechtlichen Prozesses gegen TÜV Süd im Fall Brumadinho. 1.200 Forderungen von Opfern hat das Münchner Landgericht zugelassen und damit die Wiedereröffnung der Verhandlung.

¹³ <https://www.wiwo.de/unternehmen/dienstleister/staudamm-bruch-in-brasilien-1200-statt-sieben-geschaedigte-klagen-massiver-rueckschlag-fuer-den-tuev-sued/28001462.html>

KoBra organisiert gemeinsam mit dem IAN (international advocacy network) am 17.2. ein Parlamentarisches Frühstück zum Thema "Menschenrechte 2022: Aktuelle Lage in Ländern des Globalen Südens - Politische Handlungsempfehlungen". Die nicht-öffentliche Online Veranstaltung findet unter der Schirmherrschaft von Frank Schwabe (SPD) und Deborah Düring (Grüne) statt. Ziel ist die Sensibilisierung neuer Abgeordneter und Ausschussmitglieder des Bundestages für die internationale Menschenrechtsarbeit. Im IAN sind 17 Ländernetzwerke zusammengeschlossen. Für das Parlamentarische Frühstück wird ein Dossier erarbeitet, in dem jedes Land mit einem Text zur aktuellen Lage abgebildet ist. KoBra hat sich mit einem Text zur Menschenrechtslage in Brasilien an dem Dossier beteiligt und nimmt am Gespräch mit den Politiker*innen und ihren Mitarbeitenden teil. Das Dossier erscheint am 16.2. und wird dann auf der KoBra Webseite veröffentlicht.

Eine neue **Greenpeace** Studie (auf Englisch)¹⁴ ist im Januar 2022 erschienen. Sie rekapituliert die drei Jahre Amtszeit von Jair Bolsonaro und kommt zu dem Ergebnis, dass er kein verlässlicher Partner für die EU im Rahmen des EU - Mercosur Abkommens sein kann. Seine Regierungsbilanz weise auf eine klimazerstörende Umweltpolitik hin, so die Umweltorganisation. Im Vertragsfall EU-Mercosur habe dies fatale globale Konsequenzen. Im Einzelnen behandelt die Studie die Aspekte Entwaldung, Waldbrände, Klimafragen, Indigene und Menschenrechte, Pestizide, Finanzen und Politik, sowie Gesetzgebungen.

¹⁴ https://www.greenpeace.de/publikationen/Drei%20Jahre%20Bolsonaro_0.pdf